


Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 23.01.2013

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	23:10 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratesvorsitzende:	Frau Pelke
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Verpflichtung von Stadtratsmitgliedern	
3.	Änderungen zur Tagesordnung	
4.	Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)	
4.1.	Buchenwaldblick auf unserer ega	0012/13
5.	Genehmigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 28.11.2012	
6.	Aktuelle Stunde	
7.	Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)	

7.1.	Dringliche Anfragen	
7.1.1.	Dringliche Anfrage - Förderprogramme Straßenbau Fragesteller: Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE.	0048/13
7.1.2.	Dringliche Anfrage - Errichtung einer Jugendstation der Landeshauptstadt Erfurt Fragestellerin: Frau Schuster, Fraktion FDP	0087/13
7.1.3.	Dringliche Anfrage - Institutionelle Förderung LAG Pup- penspiel e.V. Thüringen Fragesteller: Herr Besser, Fraktion Freie Wähler	0107/13
7.2.	Anfragen	
7.2.1.	Wende rückwärts? Fragesteller: Herr Hutt, Fraktion CDU	2485/12
7.2.2.	Ist die Landeshauptstadt Erfurt zahlungsunfähig? Fragesteller: Herr Hutt, Fraktion CDU	2487/12
7.2.3.	ICE-City Fragesteller: Herr Kallenbach, Fraktion CDU	0017/13
7.2.4.	Fachkongress "cie-mo 2012" Fragesteller: Herr Panse, Fraktion CDU	0018/13
7.2.5.	Strompreiserhöhungen Fragesteller: Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE.	0007/13
7.2.6.	Zufahrtsbereich der Grundschule Kerspleben Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	0038/13
7.2.7.	Verwendung von Brauch- und Trinkwasser Fragesteller: Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN	2457/12
7.2.8.	Umsetzungsstand des Stadtratsbeschlusses - Maßnah- men zum Umgang mit herrenlosen Katzen Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2462/12

7.2.9.	Bearbeitungsstand zum Zeit- und Finanzierungsplan des Klimaschutzkonzeptes Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2463/12
7.2.10.	Medikamentenreste im Trinkwasser Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2472/12
7.2.11.	Umsetzungsstand des Stadtratsbeschlusses 'Parkplatzkonzept für Fahrräder' Fragesteller: Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0019/13
7.2.12.	Altersarmut Fragestellerin: Frau Prof. Dr. Aßmann, Fraktion Freie Wähler	0039/13
7.2.13.	Trauungen im Rathausfestsaal Fragestellerin: Frau Prof. Dr. Aßmann, Fraktion Freie Wähler	0040/13
7.2.14.	Stromtankstellen Fragesteller: Herr Besser, Fraktion Freie Wähler	0042/13
7.2.15.	Erfurter Trinkwasser Fragesteller: Herr Rudovsky, Fraktion FDP	0031/13
7.2.16.	Wochenendsiedlung Nordblick Fragesteller: Herr Kemmerich, Fraktion FDP	0032/13
7.2.17.	Kulturförderabgabe - Einwände des Thüringer Datenschutzbeauftragten Fragesteller: Herr Rudovsky, Fraktion FDP	0044/13
8.	Große Anfragen nach § 9 Abs. 5 GeschO	
8.1.	Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zum aktuellen Stand der Umsetzung der Energiewende in der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Fraktion DIE LINKE.	2424/12

8.2.	Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN - Resilienz - Erfurt stark machen Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	2425/12
9.	Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen	
9.1.	Prüfauftrag: Umsetzung der Schulnetzplanung der Landeshauptstadt Erfurt für die Schuljahre 2012/2013 und 2013/2014 Einr.: Fraktion FDP und Fraktion Freie Wähler	0037/13
9.2.	Mandatswechsel im Hauptausschuss Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0089/13
9.2.1.	Änderungs-/Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 0089/13 - Mandatswechsel im Hauptausschuss	0105/13
9.3.	Ausschussbesetzung Fraktion DIE LINKE.	0106/13
9.4.	Beschlussfassung zur außerordentlichen Hauptversammlung der KEBT AG Einr.: Oberbürgermeister	0119/13
10.	Entscheidungsvorlagen	
10.1.	Förderung von Mietwohnungsbau in Erfurt Einr.: Fraktion SPD	2442/11
10.1.1.	Ergänzungsantrag der Fraktion Freie Wähler zur DS 2442/11 - Förderung von Mietwohnungsbau in Erfurt	2523/11
10.2.	Abberufung und Benennung eines Aufsichtsratsmitgliedes Einr.: Fraktion SPD	1769/12
10.2.1.	Änderungs-/Ergänzungsantrag der Fraktion SPD zur DS 1769/12 - Abberufung und Benennung eines Aufsichtsratsmitgliedes	0101/13
10.3.	Bebauungsplan ST0584 "Westlich Erfurter Landstraße"; Satzungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	1841/12

10.4.	URB638 "Technologie- und Gewerbepark nördlich der Straße Am Herrenberg"- Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfes und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit Einr.: Oberbürgermeister	2042/12
10.4.1.	Informationsaufforderung zum B.-plan URB638 "Technologie- und Gewerbepark nördlich der Straße Am Herrenberg"	0062/13
10.4.2.	Änderungsantrag der Fraktion CDU zur DS 2042/12 - Bebauungsplan URB638 "Technologie- und Gewerbepark nördlich der Straße Am Herrenberg" - Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfes und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit	0103/13
10.5.	Feststellung der Wirtschaftspläne 2013 SWE Stadtwerke Erfurt GmbH, KoWo Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt, Erfurter Bahn GmbH Einr.: Oberbürgermeister	2118/12
10.6.	Strategisches Kulturkonzept der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	2146/12
10.6.1.	Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 2146/12 - Strategisches Kulturkonzept der Landeshauptstadt Erfurt	0124/13
10.7.	Wohnungsneu- und umbau in Erfurt - Prüfauftrag Einr.: Fraktion DIE LINKE.	2227/12
10.8.	KRV647 Blumenschmidtstraße - Aufstellungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	2258/12
10.9.	VS020 - Satzungsbeschluss über die 1. Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes MAR071 "Gebiet zwischen Schwarzburger Straße / B4 und geplanter Straßenanbindung B4 (Gefahrenschutzzentrum)" Einr.: Oberbürgermeister	2294/12

10.10.	Kündigung des "Vertrages über die Durchführung und Vergütung des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbereich Stadt Erfurt" Einr.: Oberbürgermeister	2335/12
10.11.	Bestellung des Wirtschaftsprüfers für den Jahresabschluss 2012 des Eigenbetriebes Theater Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	2382/12
10.12.	Neofaschistische Symboliken auf städtischen Veranstaltungen eindämmen Einr.: Fraktion DIE LINKE.	2411/12
10.13.	Wahl der Vertrauenspersonen des Wahlausschusses beim Amtsgericht Einr.: Oberbürgermeister	0005/13
10.14.	Sozialen Wohnungsbau unterstützen Einr.: Fraktion CDU	0013/13
10.15.	Entsendung eines Verbandsrates in den Fernwasserzweckverband Nord- und Ostthüringen Einr.: Fraktion SPD	0014/13
10.16.	Abfallgebührensatzung - Konzessionsmodell Einr.: Fraktion SPD	0015/13
10.17.	Austritt aus dem Verband Metropolregion Mitteldeutschland Einr.: Fraktion DIE LINKE.	0016/13
10.17.1.	Änderungsantrag der Fraktion SPD zur DS 0016/13 - Austritt aus dem Verband Metropolregion Mitteldeutschland	0121/13
11.	Informationen	

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister eröffnete die 41. öffentliche Stadtratssitzung der Wahlperiode 2009 - 2014 und begrüßte alle Stadratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Er übergab sodann die Sitzungsleitung an die Stadtratsvorsitzende Frau Pelke.

Frau Pelke gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Zeitungsgruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der ZGT vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die ZGT für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit der Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Sie fragte daraufhin, ob auf Grund dieser Mitteilung ein Stadratsmitglied der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag von Rednerpult aus erfolgt, widerspricht.

Widerspruch gegen die Aufzeichnung erhob sich nicht.

Darüber hinaus teilte sie mit, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 24.11.2009 und am 28.02.2012 die Zustimmung erteilt hat, dass die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN bzw. die Fraktion Freie Wähler für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mit-schneiden dürfen.

Im Anschluss wurde die form- und fristgemäße Einladung nach § 35 (2) ThürKO sowie die Anwesenheit - zu diesem Zeitpunkt waren 40 Mitglieder des Stadtrates anwesend - und die Beschlussfähigkeit nach § 36 (1) ThürKO festgestellt.

Danach wurde den Stadtratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten, nachträglich gratuliert.

Letztlich verwies sie auf die Pause, welche in der Zeit von 18.30 Uhr bis 19.00 Uhr stattfinden soll.

2. Verpflichtung von Stadtratsmitgliedern

Nach § 24 (2) Satz 1 ThürKO werden die Stadtratsmitglieder in der ersten nach ihrer Wahl stattfindenden öffentlichen Sitzung des Stadtrates auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten mit Handschlag durch den Oberbürgermeister verpflichtet.

Ein Stadtratsmitglied, das diese Verpflichtung verweigert, verliert sein Amt (§ 24 (2) Satz 2 ThürKO).

Der Oberbürgermeister bat Herrn Klaus Schmantek, Fraktion DIE LINKE., nach vorn und verlas, nachdem sich alle von ihren Plätzen erhoben hatten, die Verpflichtungsformel: "Ich werde meine Pflichten als Stadtratsmitglied gewissenhaft erfüllen und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung des Freistaats Thüringen sowie die Gesetze wahren."

Herr Klaus Schmantek, Fraktion DIE LINKE., verpflichtete sich gemäß § 24 (2) ThürKO.

Ihm wurde alles Gute und viel Erfolg bei seiner Stadtratstätigkeit gewünscht.

3. Änderungen zur Tagesordnung

Folgende Änderungen zur Tagesordnung lagen vor:

a) Auf Antrag der einreichenden Fraktion SPD wird die Drucksache 0015/13 - Abfallgebührensatzung - Konzessionsmodell in die Beratungen der Sitzungen des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben und des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Beteiligung verwiesen.

b) zusätzlich aufgenommen werden sollen:

Die Stadtratsvorsitzende erklärte, dass zur Aufnahme in die Tagesordnung eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Stadtrates erforderlich sei.

Folgende dringliche Drucksache lag zur Aufnahme in die Tagesordnung vor:

Drucksache 0037/13 - Prüfauftrag: Umsetzung der Schulnetzplanung der Landeshauptstadt Erfurt für die Schuljahre 2012/2013 und 2013/2014
Einr.: Fraktion FDP und Fraktion Freie Wähler

Herr Kemmerich, Fraktion FDP, begründete die Dringlichkeit dieser Vorlage.

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	23
Enthaltungen:	0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit nicht erreicht und die Drucksache nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

Im Anschluss an die Abstimmung gab Herr Möller, Fraktion SPD, eine Erklärung zu seinem Abstimmverhalten ab:

"Im Gegensatz zu den Aussagen von Herrn Kemmerich haben wir eine gültige Schulnetzplanung, die beschlossen wurde und beschlossen ist. In dieser haben wir ziemlich lange darüber inhaltlich vor allem im Bildungsausschuss vordebattiert und dann hier auch im Stadtrat beschlossen. Da gibt's einen Prüfauftrag für dieses Problem, das uns allen bekannt ist und nicht erst seit gestern, sondern schon seit längerem auch in der Diskussion zur letzten Schulnetzplanung schon. Dort haben wir verschiedene Optionen gegenüber der Verwaltung formuliert, verschiedene Prüfaufträge ausgelöst, unter anderem auch für das Thema hier auch alternativ zu prüfen, ob es eine Thüringer Gemeinschaftsschule geben kann und nicht in der einen Hinsicht nur in dieser Einrichtung. Wir meinen die Arbeit muss im Fachausschuss fortgesetzt werden, die Verwaltung hat das angekündigt diese Prüfaufträge abzuarbeiten und diese uns dann in dem Fachausschuss vorzulegen. Wir sollten das jetzt hier nicht in Einzelthemen in den Stadtrat ziehen. Dementsprechend sehen wir keine Dringlichkeit und haben da abgelehnt."

Frau Landherr, Fraktion DIE LINKE., erklärte ebenfalls ihr ablehnendes Abstimmverhalten:

"Die liegt in der ähnlichen Richtung wie der von Herrn Möller eben dargestellte Sachverhalt. Ich möchte noch Herrn Kemmerich korrigieren, es gibt also keinen Beschluss dazu, hier eine Außenstelle oder einen neuen Schulstandort zu eröffnen, sondern es gibt einen Beschluss für einen Prüfauftrag, der zur Zeit abgearbeitet wird und der sehr intensiv auch in dem zuständigen Bildungsausschuss diskutiert wird. Erst wieder in der letzten Sitzung. Aus der Fraktion Freie Wähler und der Fraktion FDP waren durchaus Vertreter anwesend, die also den Arbeitsstand kennen und dort auch wissen, dass sehr eifrig an der Realisierung dieser Maßnahmen gearbeitet wird. Deshalb kann ich hier eine Dringlichkeit nicht erkennen, sondern eher eine Unterstützung eines Antrages, der diese Maßnahmen begleiten kann. Deshalb habe ich diese Ablehnung hier formuliert, weil ich den jetzigen Verfahrensstand als effektiver betrachte."

Zudem gab Frau Prof. Dr. Aßmann, Fraktion Freie Wähler, eine Erklärung zu ihrem Abstimmverhalten ab:

"Ich habe natürlich zugestimmt, weil wir gemeinsam den Antrag eingebracht haben. Aber ich finde es eigentlich unmöglich. Das Ganze fand ja schon vor einem Jahr oder so statt, als wir die Schulen besichtigt haben, die beiden, die eventuell in Frage kommen und ich habe das Ganze auch so aufgefasst, dass das also eingearbeitet wird. Wenn jetzt nach so langer Zeit der Prüfauftrag immer noch nicht bearbeitet ist, dann spricht das eigentlich Bände und ich bin schon ein bissl traurig, dass die Dringlichkeit abgelehnt worden ist, ausgerechnet von den Fraktionen der SPD und den Linken, die doch sonst auch sehr für die Schule, für den Unterricht, für die Bildung unserer Kinder stimmen. Also das hat mich gelinde gesagt schon ein bissl entsetzt und ich hoffe, dass wir irgendwann dann doch damit durch kommen, das es etwas schneller geht. Danke."

Weiterhin gab Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, eine Erklärung zum Abstimmverhalten ab:

"Die CDU-Fraktion hat für den Dringlichkeitsantrag gestimmt und das deswegen, weil wir den Kollegen Möller und der Kollegin Landherr gerne die Gelegenheit gegeben hätten diese inhaltsleere Aussage, die sie gerade vorgetragen haben, die den Schülern auch nicht hilft bei dem Bedarf an gymnasialen Plätzen, die wir in Erfurt haben. Es hilft den Schülern nicht, sondern es hätte den Schülern geholfen und den Eltern, wenn wir eine ehrliche Diskussion hier im Stadtrat dazu geführt hätten. Wir werden es sicherlich dann im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes bei der nächsten Stadtratssitzung tun können. Ich weise aber darauf hin, es ist seit dem Beschluss vor über einen Jahr, der ja mit großer Mehrheit hier im Stadtrat zur Schulnetzplanung gefasst wurde, wenig geschehen. Am Montagabend haben wir bei dem Bildungsforum sehr intensiv gehört, dass es durchaus erhebliche Bedarfe gibt an Plätzen. Ich hätte mir gewünscht, dass wir die Diskussion auch hier miteinander hätten führen können ohne, dass es heute zu einem Beschluss hätte kommen müssen. Aber gut, sie haben das anders entschieden."

Abschließend erläuterte Herr Kemmerich, Fraktion FDP sein Abstimmverhalten:

"Wir haben für die Dringlichkeit gestimmt, da wir nicht auf Grund einer Formalie oder die Formalie ist berücksichtigt worden, dass der Schulnetzplan wird eingehalten, deshalb auch die Bildung einer Außenstelle. Und wir halten es für nicht zumutbar für die Gymnasiasten, Schüler und deren Eltern das hier weiter auf Zeit gespielt wird, weil das nützt dem Kind, dem Schüler überhaupt nichts. Und auch nicht über die Hintertür einer Gemeinschaftsschule vorweg am mehrjährigen Schulsystem einzuführen."

Zudem lag folgende dringliche Drucksache zur Aufnahme in die Tagesordnung vor:

Drucksache 0089/13 - Mandatswechsel im Hauptausschuss
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja Stimmen: 40
Nein Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht und die Drucksache als Tagesordnungspunkt 9.2 eingeordnet.

Weiterhin lag folgende dringliche Drucksache zur Aufnahme in die Tagesordnung vor:

Drucksache 0106/13 - Ausschussbesetzung Fraktion DIE LINKE.
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Die Aufnahme in die Tagesordnung wurde wie folgt bestätigt:

Abstimmungsergebnis:

Ja Stimmen: 40
Nein Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht und die Drucksache als Tagesordnungspunkt 9.3 eingeordnet.

Außerdem lag folgende dringliche Drucksache zur Aufnahme in die Tagesordnung vor:

Drucksache 0119/13 - Beschlussfassung zur außerordentlichen Hauptversammlung der KEBT AG
Eröffnung der Beratung
Einr.: Oberbürgermeister

Hierzu begründete der Oberbürgermeister die Dringlichkeit.

Herr Kemmerich, Fraktion FDP, sprach sich im Namen seiner Fraktion gegen die Dringlichkeit aus.

Damit ließ die Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja Stimmen: 35
Nein Stimmen: 5
Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht und die Drucksache als Tagesordnungspunkt 9.4 eingeordnet.

Im Anschluss an die Abstimmung erklärte Frau Prof. Dr. Aßmann ihr Abstimmverhalten:
"In der Zeitung und das was ich hier selbst gehört habe, waren für mich noch sehr viele Fragen offen bei dem ganzen Problem und bei dem ganzen Projekt. Das sahen wahrscheinlich andere auch so und deswegen bin ich gegen die Dringlichkeit, weil das eigentlich aus meiner Sicht noch ein Mal überdacht werden sollte. Danke."

c) vorgezogen wird:

TOP 10.13 - Drucksache 0005/13

Wahl der Vertrauenspersonen des Wahlausschusses beim Amtsgericht
Einr.: Oberbürgermeister

Die Wahl wird vor der Pause durchgeführt.

d) vertagt werden auf Antrag des jeweiligen Einreichers:

TOP 8.1 - Drucksache 2424/12

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zum aktuellen Stand der Umsetzung der Energiewende in der Landeshauptstadt Erfurt
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

TOP 8.2 - Drucksache 2425/12

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN - Resilienz - Erfurt stark machen
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

TOP 10.12 - Drucksache 2411/12

Neofaschistische Symboliken auf städtischen Veranstaltungen eindämmen
Einr.: Fraktion DIE LINKE.
(auf Grund Vertagung im Ausschuss)

e) es wird vorgeschlagen, alle Drucksachen zum Thema Wohnungsbau gemeinsam zu beraten und getrennt abzustimmen:

TOP 10.1 - Drucksache 2442/11

Förderung von Mietwohnungsbau in Erfurt
Einr.: Fraktion SPD

TOP 10.7 -Drucksache 2227/12
Wohnungsneu- und umbau in Erfurt - Prüfauftrag
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

TOP 10.14 - Drucksache 0013/13
Sozialen Wohnungsbau unterstützen
Einr.: Fraktion CDU

Die Stadtratsvorsitzende ließ über diesen Vorschlag, die genannten Drucksachen gemeinsam zu beraten und getrennt abzustimmen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	40
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Somit wurde der Vorschlag einstimmig bestätigt und die Drucksachen zum Thema Wohnungsbau werden gemeinsam behandelt und getrennt abgestimmt.

f) Es wurde signalisiert, dass zu den Tagesordnungspunkten:

TOP 10.8 - Drucksache 2258/12
KRV647 Blumenschmidtstraße - Aufstellungsbeschluss
Einr.: Oberbürgermeister

TOP 10.9 - Drucksache 2294/12
VS020 - Satzungsbeschluss über die 1. Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes MAR071 "Gebiet zwischen Schwarzbürger Straße / B4 und geplanter Straßenanbindung B4 (Gefahrenschutzzentrum)"
Einr.: Oberbürgermeister

TOP 10.10 - Drucksache 2335/12
Kündigung des "Vertrages über die Durchführung und Vergütung des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbereich Stadt Erfurt"
Einr.: Oberbürgermeister

TOP 10.11 - Drucksache 2382/12
Bestellung des Wirtschaftsprüfers für den Jahresabschluss 2012 des Eigenbetriebes Theater Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister

kein Redebedarf besteht.

Weitere Anträge wurden nicht gestellt.

Gegen die genannten Änderungen zur Tagesordnung erhob sich kein Widerspruch.

4. Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)

Nachstehende Einwohneranfrage lag vor.

4.1. Buchenwaldblick auf unserer ega 0012/13

Der Fragesteller fragte bezüglich des vorgesehenen Ortstermins nach, ob dieser schon statt gefunden hat.

Der Oberbürgermeister erklärte hierzu, dass dieser Ortstermin noch nicht statt gefunden hat, aber in Kürze statt finden soll.

Weiterhin nahm der Fragesteller Bezug zum Antwortschreiben und zeigte sich unzufrieden mit diesem.

Daraufhin beantragte Herr Hutt, Fraktion CDU, die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

5. Genehmigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 28.11.2012

genehmigt Ja 37 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

6. Aktuelle Stunde

Es lag kein Antrag vor.

7. Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)

7.1. Dringliche Anfragen

Folgende dringliche Anfragen lagen vor.

7.1.1. Dringliche Anfrage - Förderprogramme Straßenbau 0048/13
Fragesteller: Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE.

vertagt

7.1.2. Dringliche Anfrage - Errichtung einer Jugendstation der 0087/13
Landeshauptstadt Erfurt
Fragestellerin: Frau Schuster, Fraktion FDP

vertagt

7.1.3. Dringliche Anfrage - Institutionelle Förderung LAG Pup- 0107/13
penspiel e.V. Thüringen
Fragesteller: Herr Besser, Fraktion Freie Wähler

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht.

Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Kulturausschuss.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

7.2. Anfragen

Folgende Anfragen lagen vor.

7.2.1. Wende rückwärts? 2485/12
Fragesteller: Herr Hutt, Fraktion CDU

Der Fragesteller war mit der Antwort unzufrieden und hatte eine Nachfrage bezüglich der Zuständigkeit und der Beteiligung an Entscheidungen zur Umbenennung von Straßenbahnhaltestellen.

Herr Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, erklärte, dass die Zuständigkeit hierzu bei der EVAG liegt.

Eine weitere Nachfrage des Fragestellers bezog sich auf die Benennung der Haltestelle. Der Oberbürgermeister bezog dazu Stellung.

zur Kenntnis genommen

7.2.2. Ist die Landeshauptstadt Erfurt zahlungsunfähig? 2487/12
Fragesteller: Herr Hutt, Fraktion CDU

Der Fragesteller hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

7.2.3. ICE-City 0017/13
Fragesteller: Herr Kallenbach, Fraktion CDU

Der Fragesteller beantragte den Verweis der Anfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

7.2.4. Fachkongress "cie-mo 2012" 0018/13
Fragesteller: Herr Panse, Fraktion CDU

Der Fragesteller hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

7.2.5. Strompreiserhöhungen 0007/13
Fragesteller: Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE.

Der Fragesteller bedankte sich für die Antwort und hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

7.2.6. Zufahrtbereich der Grundschule Kerspleben 0038/13
Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

Die Fragestellerin hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

- 7.2.7. **Verwendung von Brauch- und Trinkwasser** 2457/12
Fragesteller: Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Fragesteller hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

- 7.2.8. **Umsetzungsstand des Stadtratsbeschlusses - Maßnahmen zum Umgang mit herrenlosen Katzen** 2462/12
Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Fragesteller bedankte sich für die Antwort und hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

- 7.2.9. **Bearbeitungsstand zum Zeit- und Finanzierungsplan des Klimaschutzkonzeptes** 2463/12
Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Fragesteller hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

- 7.2.10. **Medikamentenreste im Trinkwasser** 2472/12
Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Fragesteller beantragte den Verweis der Anfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

7.2.16. **Wochenendsiedlung Nordblick**
Fragesteller: Herr Kemmerich, Fraktion FDP

0032/13

Der Fragesteller beantragte den Verweis der Anfrage in den Bau- und Verkehrsausschuss und in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

7.2.17. **Kulturförderabgabe - Einwände des Thüringer Datenschutzbeauftragten**
Fragesteller: Herr Rudovsky, Fraktion FDP

0044/13

Der Fragesteller stellte zwei Nachfragen und bat um eine schriftliche Beantwortung.

1. Wie ist das rückwirkende Inkrafttreten der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe für Übernachtungen in der Landeshauptstadt Erfurt (KASerf) mit dem Vertrauensschutz zu vereinbaren?	Drucksache 0128/13
2. Wie sollen die zu Unrecht erhobenen Steuern ausgekehrt werden?	

Der Oberbürgermeister sicherte hierzu die schriftliche Beantwortung zu.

zur Kenntnis genommen

8. **Große Anfragen nach § 9 Abs. 5 GeschO**

8.1. **Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zum aktuellen Stand der Umsetzung der Energiewende in der Landeshauptstadt Erfurt**
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

2424/12

vertagt

8.2. **Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN - Resilienz - Erfurt stark machen**
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

2425/12

vertagt

9. Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen

- 9.1. Prüfauftrag: Umsetzung der Schulnetzplanung der Landeshauptstadt Erfurt für die Schuljahre 2012/2013 und 2013/2014 0037/13
Einr.: Fraktion FDP und Fraktion Freie Wähler

Dringlichkeit nicht bestätigt Ja 19 Nein 23 Enthaltung 0 Befangen 0

- 9.2. Mandatswechsel im Hauptausschuss 0089/13
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Es wurde bekannt gegeben, dass diese Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Zudem liegt ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0105/13 vor.

Wortmeldungen gab es nicht. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache in Fassung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0105/13) abstimmen.

mit Änderungen beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

1. Der Titel der Drucksache erhält folgende Fassung:

„Mandatswechsel in Ausschüssen“

Mitglied im Hauptausschuss wird Prof. Dr. Alexander Thumfart.
Alt: Kathrin Hoyer

Mitglied im Ausschuss Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben wird ab 01.02.2013 Thomas Meier.
Alt: Kathrin Hoyer

- 9.2.1. Änderungs-/Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 0105/13
90/DIE GRÜNEN zur DS 0089/13 - Mandatswechsel im
Hauptausschuss

bestätigt

9.3. Ausschussbesetzung Fraktion DIE LINKE.

0106/13

Es wurde bekannt gegeben, dass diese Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Die Ausschussbesetzung wird in der im Folgenden dargestellten Weise verändert:

SAG	bisher Mitglied S. Hennig	neu Klaus Schmantek
BUS	bisher 1. Stellvertreter S. Hennig für K. Landherr	neu Klaus Schmantek
BUV	bisher 1. Stellvertreter S. Hennig für B. Remus	neu Klaus Schmantek
WUB	bisher 2. Stellvertreter S. Hennig für Dr. R. Duddek	neu Klaus Schmantek
OSO	bisher 3. Stellvertreter S. Hennig für K. Landherr	neu Klaus Schmantek
KAS	bisher 3. Stellvertreter S. Hennig für K. Körber	neu Klaus Schmantek
StU	bisher 2. Stellvertreter S. Hennig M. Plhak	neu Klaus Schmantek

Neue 3. Stellvertreterin im Hauptausschuss

Karin Landherr

9.4. Beschlussfassung zur außerordentlichen Hauptversammlung der KEBT AG Einr.: Oberbürgermeister

0119/13

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass diese Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Herr Schwäblein, Fraktion CDU, hinterfragte die kurzfristige Einladungsfrist.

Der Oberbürgermeister begründete nochmals die Dringlichkeit der Vorlage. Für weitere detaillierte Erklärungen übergab er das Wort an Herrn Hilge, den Leiter des Beteiligungsmanagements.

Herr Hilge bezog Stellung zum Eingang der Einladung und zur beigefügten Tagesordnung und begründete anhand der Terminfrist die notwendige Behandlung der Vorlage in der Stadtratssitzung. Zudem schilderte er die inhaltlichen Punkte der Hauptversammlung der KEBT AG.

Herr Kemmerich, Vorsitzender der Fraktion FDP, erläuterte seine Sichtweise zum Sachverhalt und stellte die eingehende Prüfung der Thematik auf Grund der Kürze der Zeit in Frage. Somit werde er im Namen seiner Fraktion diesem Beschluss so nicht zustimmen.

Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, beantragte den Verweis der Vorlage in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligung sowie in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben.

Daraufhin erklärte Herr Götze, Beigeordneter für Bürgerservice und Sicherheit, die Notwendigkeit einen Beschluss zu fassen, um in der Hauptversammlung der KEBT AG eine Stimme abgeben zu können.

Herr Hilge fasste nochmals die Thematik der Drucksache zusammen und wies ebenfalls darauf hin, dass es sich hierbei um die Stimmabgabe in der Hauptversammlung der KEBT AG handelt.

Herr Kemmerich, Vorsitzender der Fraktion FDP, nahm Bezug zu den Aussagen seines Vorredners.

Der Oberbürgermeister regte eine Einigung zur Thematik an. Hierbei wies er darauf hin, dass eine Verweisung der Vorlage in die bereits genannten Ausschüsse eine Sondersitzung des Stadtrates vor dem Termin der Hauptversammlung am 15.02.2013 bedeuten würde. Im Falle der Ablehnung der Vorlage wäre eine Stimmabgabe hinfällig.

Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, wies auf die Termine der Ausschusssitzungen hin und zeigte die Möglichkeit einer Sondersitzung des Stadtrates für den 13.02.2013 auf. Hiermit wäre die Gelegenheit diese Thematik in den Fraktionen und den zuständigen Ausschüssen noch vor der Hauptversammlung zu beraten, gegeben.

Herr Schwäblein, Fraktion CDU, merkte nochmals den Fehler der Einladungsfrist an. und stellte eine Verständnisfrage bezüglich der geplanten Handhabung mit den Aktien.

Frau Hoyer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte ihre Sichtweise zur Thematik.

Herr Kemmerich, Vorsitzender der Fraktion FDP, bezog sich in seinen Ausführungen auf das Haftungsrisiko.

Herr Dr. Poppenhäger, Fraktion SPD, nahm Bezug zu den Aussagen seines Vorredners und erläuterte hierzu die rechtlichen Auswirkungen.

Herr Schwäblein, Fraktion CDU, stimmte der Aussage von Herrn Warnecke zu und zeigte nochmals seine Sichtweise zur Thematik auf.

Der Oberbürgermeister bat Herrn Hilge um die Beantwortung der zahlreichen Nachfragen und übergab ihm das Wort.

Herr Hilge, Leiter des Beteiligungsmanagements, beantwortete die an ihn gerichteten Nachfragen zum Sachverhalt und fasste nochmals den aktuellen Sachstand zusammen.

Dazu stellten Herr Schwäblein, Fraktion CDU, und Herr Kemmerich, Vorsitzender der Fraktion FDP, weitere Nachfragen. Diese wurden durch Herrn Hilge beantwortet.

Daraufhin stellte Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, einen Antrag auf eine Sondersitzung des Stadtrates zu dieser Thematik vor dem 15.02.2013.

Herr Huck, Fraktion CDU, richtete eine Verständnisfrage an Herrn Hilge.

Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte Zweifel daran, zu einer eventuellen Sondersitzung des Stadtrates einen größeren Kenntnisstand vorweisen zu können.

Herr Hilge, bezog sich auf die Nachfrage von Herrn Huck und Herrn Schwäblein und beantwortete diese.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit fasste die Stadtratsvorsitzende zunächst zusammen.

Daraufhin stellte Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, einen Geschäftsordnungsantrag und beantragte eine Auszeit von zehn Minuten.

Nach der Auszeit lagen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit stellte die Stadtratsvorsitzende den Antrag auf Verweisung der Vorlage in die zuständigen Ausschüsse durch die Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU fest. Die Fraktion DIE LINKE. schloss sich diesem Antrag ebenfalls an.

Damit wurde die Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben sowie in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligung fraktionsübergreifend beantragt. Im Anschluss an die Beratungen in den Ausschüssen würde die Beschlussfassung in einer Sondersitzung des Stadtrates erfolgen.

Darüber ließ die Stadtratsvorsitzende abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	32
Nein-Stimmen:	3
Enthaltungen:	5

Damit wurde dies bestätigt.

Nach der Abstimmung erklärte der Oberbürgermeister, dass die Sondersitzung des Stadtrates voraussichtlich in der Woche ab dem 11.02.2013 stattfinden wird und die notwendigen weiteren Abstimmungen mit den Fraktionen zeitnah erfolgen werden.

Verwiesen in Ausschuss

BP 02:

In die Prüfung der möglichen Flächen, sind auch die Flächen am Roten Berg der Neubau-/Plattenbaugebiete einzubeziehen.

BP 03 - (neu gem. geändertem Ergänzungsantrag DS 2523/11):

Das Prüfergebnis wird dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt im ersten zweiten Halbjahr 2012 vorgelegt.

Der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung hat die Drucksache in seiner Sitzung am 18.04.2012 vertagt.

Der Stadtrat hat die Drucksache in seiner Sitzung am 19.12.2012 vertagt.

Zum **TOP 10.7** - Wohnungsneu- und umbau in Erfurt - Prüfauftrag, Einr.: Fraktion DIE LINKE. - Drucksache 2227/12 wurde bekannt gegeben, dass der Stadtrat die Drucksache in seiner Sitzung am 19.12.2012 vertagt hat.

Zum **TOP 10.14** - Sozialen Wohnungsbau unterstützen, Einr.: Fraktion CDU - Drucksache 0013/13 wurde bekannt gegeben, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vorliegt. Zudem wird die Drucksache ohne Vorberatung behandelt.

Die Stadtratsvorsitzende eröffnete die gemeinsame Beratung. An der Diskussion beteiligten sich teilweise mehrfach:

- Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, erläuterte die Intension des Antrages seiner Fraktion. Zudem erklärte er, dass seine Fraktion den Antrag der Fraktion Freie Wähler (DS 2523/11) übernommen habe, jedoch müsse der Zeitraum "zweites Halbjahr 2012" in "erstes Halbjahr 2013" geändert werden. Er bat somit um Zustimmung aller drei den Wohnungsbau betreffenden Vorlagen.
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, erläuterte die Intension des Antrages seiner Fraktion. Bis zum Erhalt der Wohnungsbedarfprognose regte er an, dass die Fraktion DIE LINKE. ihren Antrag zurückstellen sollte. Weiterhin sprach er sich für eine Doppelstrategie aus.
- Herr Warnecke stellte direkt eine Nachfrage an seinen Vorredner.
- Herr Kallenbach verwies nochmals auf den Inhalt des vorliegenden Antrages seiner Fraktion.
- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, schilderte seine Sichtweise zum Sachverhalt.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach sich im Namen seiner Fraktion für die Unterstützung des sozialen Wohnungsbaus aus. Jedoch sollte seiner Meinung nach die Wohnungsbedarfsprognose abgewartet

werden. Daher werde sich seine Fraktion zu allen drei vorliegenden Anträgen enthalten.

- Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., schilderte ihre Ansicht zur Debatte und sprach sich für eine nochmalige Verweisung in die Ausschuss aus bis die Wohnungsbedarfsprognose vorliegt oder für eine sofortige Abstimmung der Vorlagen.
- Frau Prof. Dr. Aßmann, Vorsitzende der Fraktion Freie Wähler, fragte nach warum die zum Anfang des Jahres angekündigte Wohnungsbedarfsprognose den Stadtratsmitgliedern noch nicht vorliegt. Weiterhin gab sie ihren Vorrednern Recht in Bezug darauf, zunächst die Wohnungsbedarfsprognose abzuwarten bevor Entscheidungen getroffen werden.
- Herr Pfistner, Fraktion CDU, wies auf die Aussagen, die im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung zu diesem Sachverhalt getroffen wurden hin und stellte nochmals den Standpunkt seiner Fraktion zu dieser Thematik dar. Hierzu betonte er, dass die Bedarfsermittlung auch ohne teure Prüfaufträge möglich sei. Zudem sprach er sich für das Stattfinden einer Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 30.01.2013 aus und regte an, in dieser Sitzung zumindest den Entwurf der Wohnungsbedarfsprognose zu besprechen.
- Herr Kemmerich, Vorsitzender der Fraktion FDP, stimmte den Aussagen von Frau Stange zu. Er sprach sich gegen das Aufstellen weiterer kostenintensiver Prognosen aus, sondern seiner Meinung nach sollte gehandelt werden, da es deutlich ist, dass der Wohnungsbedarf vorhanden ist.
- Herr Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, verwies auf die Komplexität und Aufwendigkeit dieser Prognose und auf die damit verbundene Verzögerung in der Fertigstellung. Er bestätigte, dass ihm seit zwei Tagen der endgültige Text der Wohnungsbedarfsprognose vorliegt und dieser nun den Fraktionen zukommen wird und in die Ausschüsse sowie in den Stadtrat eingebracht wird. Weiterhin führte er zu den Inhalten der Prognose aus. Außerdem ging er auf die an ihn gestellten Fragen seiner Vorredner ein und erläuterte den Sachstand zur Situation auf dem Wohnungsmarkt.
- Herr Kemmerich, Vorsitzender der Fraktion FDP, ging auf die Aussagen seines Vorredners ein. In seinen weiteren Ausführungen ging er auf die Entwicklung der Mietpreise ein.
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, stimmte seinem Vorredner in einigen Punkten zu. Es gehe bei dem Instrument des sozialen Wohnungsbaus vor allem darum, wie man die Differenz zwischen den Entstehungskosten und Mieten, die bezahlbar sind, decken kann. Hierzu gäbe es in Erfurt noch weiteren Bedarf. Außerdem sprach er sich für die Erprobung neuer Modelle aus, insbesondere in Bezug auf Bauherrngemeinschaften.
- Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, nahm Bezug zu den Aussagen von Herrn Spangenberg.
- Herr Pfistner, Fraktion CDU, bezog sich in seinen Ausführungen auf die Höhe des Mietpreises und die verschiedenen Ansprüche der Wohnungssuchenden.
- Herr Schacht, Ortsteilbürgermeister Roter Berg, schilderte seine Sichtweise zur Problematik. Seiner Meinung nach sollte vorrangig das Gespräch mit den Wohnungsbaugenossenschaften gesucht werden, um die Bedürfnisse der Wohnungssuchenden besser feststellen zu können.

- Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte seine Ansicht zur Debatte.

Daraufhin fasste die Stadtratsvorsitzende kurz zusammen.

Herr Pfistner, Fraktion CDU, stellte den Antrag auf Verweisung der drei den Wohnungsbau betreffenden Vorlagen einschließlich des bis dahin vorliegenden Entwurfs der Wohnungsbedarfsprognose in die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 30.01.2013 und in die anderen zuständigen Ausschüsse.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., hinterfragte das Wort 'zeitnah', Bezug nehmend auf die Aussage von Herrn Spangenberg, dass der Entwurf der Wohnungsbedarfsprognose den Mitgliedern des Stadtrates zeitnah zugeleitet werden soll.

Herr Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, erläuterte dazu den weiteren Ablauf der Vorlage in der Beratungsfolge.

Damit rief die Stadtratsvorsitzende den weitestgehenden Antrag, welcher der Verweisungsantrag von Herrn Pfistner ist, zur Abstimmung auf. Nach diesem sollen alle drei Vorlagen zum Wohnungsbau in die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung verwiesen werden.

Vor der Abstimmung meldete sich Herr Möller, Fraktion SPD, zu Wort und nahm Bezug zu den Aussagen von Herrn Pfistner. Zudem wies er nochmals darauf hin, dass der Termin des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 30.01.2013 bereits abgesagt wurde.

Die Stadtratsvorsitzende bestätigte dies und erklärte daraufhin über die Verweisung in die nächste reguläre Sitzung des Ausschusses abstimmen zu lassen.

Frau Prof. Dr. Aßmann, Vorsitzende der Fraktion Freie Wähler, betonte nochmals ihren Standpunkt.

Herr Pfistner, Fraktion CDU, ging auf die Aussagen von Herrn Möller ein.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., stellte eine Nachfrage bezüglich dem weiteren Umgang mit den Arbeitsgruppen zu dieser Thematik.

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, ging auf die Nachfrage ein.

Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, wies auf die interfraktionelle Arbeitsgruppe hin.

Darauf erklärte Herr Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, die weitere Vorgehensweise mit der Arbeitsgruppe im Hinblick auf die nächsten Termine.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit beendete die Stadtratsvorsitzende die gemeinsame Beratung der Drucksachen und eröffnete die Abstimmung getrennt nach den einzelnen Drucksachen.

Der weitestgehende Antrag für alle drei Drucksachen ist der Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung.

Somit rief sie zunächst den **TOP 10.1** - Förderung von Mietwohnungsbau in Erfurt, Einr.: Fraktion SPD - Drucksache 2442/11 mit den enthaltenen Änderungen der Ausschüsse und dem Ergänzungsantrag der Fraktion Freie Wähler (Drucksache 2523/11) zur Abstimmung über die Verweisung in den Ausschuss auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	14
Enthaltungen:	1

Damit verwiesen.

Im Anschluss wurde der **TOP 10.7** - Wohnungsneu- und umbau in Erfurt - Prüfauftrag, Einr.: Fraktion DIE LINKE. - Drucksache 2227/12 zur Abstimmung über die Verweisung in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung aufgerufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	39
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

Somit verwiesen.

Abschließend ließ die Stadtratsvorsitzende über die Verweisung des **TOP 10.14** - Sozialen Wohnungsbau unterstützen, Einr.: Fraktion CDU - Drucksache 0013/13 in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	39
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

Damit ebenfalls verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

10.1.1. **Ergänzungsantrag der Fraktion Freie Wähler zur DS** 2523/11
 2442/11 - Förderung von Mietwohnungsbau in Erfurt

Verwiesen in Ausschuss

10.2. **Abberufung und Benennung eines Aufsichtsratsmitglie-** 1769/12
 des
 Einr.: Fraktion SPD

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Stadtrat die Drucksache in seiner Sitzung am 19.12.2012 vertagt hat.

Es liegt ein Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 0101/13 vor.

Wortmeldungen gab es nicht. Somit wurde die Drucksache in Fassung des Antrages der Fraktion SPD (Drucksache 0101/13) zur Abstimmung aufgerufen.

mit Änderungen beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Herr Frank Schmitt wird mit Wirkung zum 31.01.2013 als Aufsichtsrat der TUS Thüringer UmweltService GmbH abberufen.

02

Herr Stadtrat Torsten Frenzel wird mit Wirkung zum 01.02.2013 in den Aufsichtsrat der TUS Thüringer UmweltService entsandt.

03

Dem Aufsichtsrat der TUS Thüringer UmweltService GmbH wird empfohlen, das Mitglied des Aufsichtsrates Herrn Raik-Steffen Ulrich als neuen Aufsichtsratsvorsitzenden zu wählen.

10.2.1. **Änderungs-/Ergänzungsantrag der Fraktion SPD zur DS** 0101/13
 1769/12 - Abberufung und Benennung eines Aufsichts-
 ratsmitgliedes

bestätigt

10.3. **Bebauungsplan ST0584 "Westlich Erfurter Landstraße";** 1841/12
 Satzungsbeschluss
 Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ortsteilrat Stotternheim die Drucksache in seiner Sitzung am 09.01.2013 zur Kenntnis genommen hat.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Drucksache in seiner Sitzung am 15.01.2013 bestätigt (Ja 6 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0).

Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE., gab vor der Abstimmung eine Erklärung zu seinem Abstimmverhalten ab:

"Wir wissen, dass wir hier am Ende der gesamten Planung sind. Wir wissen auch, dass die entsprechenden Einsprüche oder Eingaben alle berücksichtigt und abgestimmt worden sind. Das Ganze ist ein sehr langer Prozess gewesen und am Ende steht erneut die Tatsache, dass ein Gebiet überbaut / bebaut werden soll und zwar für Logistik. Auch wenn uns klar ist, dass wir diesen Prozess jetzt hier am Ende nicht mehr aufhalten und unsere Abstimmung eher symbolischen Charakter hat, werden wir gegen diesen Plan stimmen, um einfach unsere Position deutlich zu machen, dass aus unserer Sicht jetzt endlich mal genug sein muss mit der Ansiedlung von Logistik rundherum um Erfurt und damit auch mit der Ansiedlung an Arbeitsplätzen, die nicht wirklich unbedingt im oberen Drittel der Gehaltsgala liegen, sondern eher darunter, wie wir alle wissen. Deswegen wird die Fraktion DIE LINKE. hier mit 'Nein' stimmen. Vielen Dank."

Der Oberbürgermeister verwies darauf, dass jeder frei abstimmen kann, frei gewählt ist und lediglich seinem Gewissen unterliegt. Dennoch gab er zu Bedenken, dass es damals am Beginn des Verfahrens lediglich eine Gegenstimme zu diesem Vorhaben gab. Seitdem wurden unzählige weitere Beschlüsse in diesem Verfahren gefasst, die mehrheitlich bestätigt wurden. Wenn sich jetzt die Mehrheit dagegen aussprechen würde, wäre dies bei weitem kein Zeichen gradliniger Politik.

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach sich im Namen seiner Fraktion ebenfalls gegen diese Vorlage aus. Er begründete dies damit, dass grundsätzlich der Erhalt des Naturschutzes auf diesen Flächen von größerer Bedeutung sein sollte, als eine weitere Ansiedlung von Logistikunternehmen.

Frau Hoyer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nahm Bezug zu den Aussagen des Oberbürgermeisters und erläuterte ihre Sichtweise zum Sachverhalt.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, stimmte den Aussagen des Oberbürgermeisters zu und hielt eine Ablehnung des Vorhabens zum jetzigen Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses für kontraproduktiv.

Herr Vothknecht, Fraktion CDU, hinterfragte die stattfindende Diskussion.

Der Oberbürgermeister nahm Bezug zu den Aussagen seines Vorredners. Zudem wies er auf die Schaffung der Arbeitsplätze hin, welche mit diesem Vorhaben entstehen und somit von großer Bedeutung für Erfurt sind. Eine solche Debatte zum Ende des Verfahrens zu führen, hielt er nicht für sinnvoll.

Daraufhin stellte Herr Besser, Fraktion Freie Wähler, einen Geschäftsordnungsantrag auf Abschluss der Rednerliste und anschließende Abstimmung.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach sich gegen diesen Geschäftsordnungsantrag aus.

Damit verlas die Stadtratsvorsitzende zunächst die vorliegende Rednerliste und ließ über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	30
Enthaltungen:	2

Damit wurde dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt und die Rednerliste weiter fortgeführt.

Herr Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, hielt diese Grundsatzdebatte für wenig sinnvoll und erläuterte die Auswirkungen, bei nicht Zustandekommen des Satzungsbeschlusses. Außerdem regte er an, ein Zukunftsforum zur Thematik der Art der Gewerbestandorte für Erfurt einzurichten.

Herr Kemmerich, Vorsitzender der Fraktion FDP, stimmte dem Oberbürgermeister in den meisten seiner Aussagen zu und nahm Bezug zu den Aussagen von Herrn Kanngießer.

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass seine Fraktion sich auf Grund dieser Debatte nun in der Abstimmung nur der Stimmen enthalten werde. Die Führung dieser Grundsatzdebatte hielt er dennoch im Hinblick auf weitere Vorhaben für wichtig.

Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE., erläuterte nochmals die Sichtweise seiner Fraktion und sprach sich nach dieser Debatte im Namen seiner Fraktion ebenfalls für die Stimmenthaltung zur dieser Vorlage aus. Zudem zeigte er sich erfreut über den Vorschlag des Beigeordneten Herrn Spangenberg.

Daraufhin stellte Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, einen Geschäftsordnungsantrag und beantragte eine Auszeit von fünf Minuten.

Nach der Auszeit gab es keine weiteren Wortmeldungen. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

Nach der Abstimmung gab Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU eine Erklärung zum Abstimmverhalten ab:

"Wir haben der Vorlage zugestimmt, da wir der Auffassung waren, dass es angemessen ist, sich zu der Verantwortung für die Zukunft der Stadt Erfurt auch zu bekennen. Ich sage ganz deutlich, sich seitwärts in die Büsche zu schlagen und zu sagen bei unliebsamen Entscheidungen ist Enthaltung oder Gegenstimmen die vermeintlich bessere Alternative, das wird

sich, denke ich, bitter rächen. Spätestens, wenn wir hier über Haushaltsfragen im Stadtrat diskutieren. Deswegen - nochmals zur Erklärung - haben wir auch nach der Auszeit sehr bewusst zugestimmt."

Herr Schwäblein erklärte sein Abstimmverhalten ebenfalls:

"Ich habe unter anderem deshalb mit Ja gestimmt, um das verantwortungslose Handeln unserer zukünftigen Wirtschaftsbeigeordneten an dieser Stelle kompensieren zu können."

beschlossen Ja 31 Nein 1 Enthaltung 8 Befangen 0

01

Der Stadtrat beschließt die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen; das Abwägungsergebnis mit Begründung (Anlage 4a) ist Bestandteil des Beschlusses.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Einreichern von Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB das Abwägungsergebnis mitzuteilen.

02

Gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 83 Abs. 2 Thüringer Bauordnung (ThürBO) und § 19 Abs. 1 Satz 1, § 2 Abs. 1 und 2 Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO) beschließt der Stadtrat Erfurt den Bebauungsplan STO584 „Westlich Erfurter Landstraße“, bestehend aus der Planzeichnung (M 1:2000 - Anlage 2) mit den textlichen Festsetzungen in seiner Fassung vom 06.11.2012, als Satzung.

03

Die Begründung (Anlage 3) zum Bebauungsplan STO584 „Westlich Erfurter Landstraße“ wird gebilligt.

04

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Bebauungsplan gemäß § 21 Abs. 3 Satz 1 ThürKO der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen.

Die Satzung ist gemäß § 21 Abs. 3 Satz 2 ThürKO frühestens nach Ablauf eines Monats ortsüblich bekanntzumachen, sofern die Rechtsaufsichtsbehörde die Satzung nicht beanstandet.

Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan mit der Begründung während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

05

Die Landeshauptstadt Erfurt wird die Umsetzung der erforderlichen artenschutzrechtlichen Schutzmaßnahme zur Sicherung der Feldhamsterpopulation i.S. § 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG, Maßnahme Nr. M 12 des Grünordnungsplanes (hamstergerechte Feldebewirtschaftung) gewährleisten.

Die Verwaltung wird beauftragt

- durch vertragliche Vereinbarungen auf 35 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche eine hamstergerechte Feldebewirtschaftung im Bereich zwischen der BAB A71, den

- Ortslagen Mittelhausen und Stotternheim, der Schmalen Gera und dem Feuchtgebiet Luisenhall zu sichern und
- die dazu erforderlichen Haushaltsmittel in den jeweiligen Haushaltsjahren vorzusehen

Hinweis:

Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 1 a-d beigelegt.

10.4. URB638 "Technologie- und Gewerbepark nördlich der Straße Am Herrenberg"- Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfes und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit **2042/12**
Einr.: Oberbürgermeister

Es wurde bekannt gegeben, dass der Ortsteilrat Herrenberg die Drucksache in seiner Sitzung am 08.01.2013 bestätigt hat (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0).

Der Ortsteilrat Urbich hat die Drucksache in seiner Sitzung am 08.01.2013 abgelehnt (Ja 0 Nein 7 Enthaltung 0 Befangen 1).

Der Bau- und Verkehrsausschuss hat die Drucksache in seiner Sitzung am 10.01.2013 bestätigt (Ja 8 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Drucksache in seiner Sitzung am 15.01.2013 mit Protokollnotiz bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0).

Die Protokollnotiz lautete:

"Sollten sich im Ergebnis der noch zu erarbeitenden Gutachten deutliche negative Auswirkungen für den Ortsteil Urbich ergeben, soll die Einkürzung des Gebietes als weitere Alternative im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens mit untersucht werden."

Zudem liegt eine Festlegung aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt zum B.-plan URB638 "Technologie- und Gewerbepark nördlich der Straße Am Herrenberg" mit Drucksache 0062/13 vor. Hierzu liegt die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

Außerdem liegt zu dieser Vorlage ein Einwohnerantrag vor. Die Fraktionen wurden darüber informiert.

Weiterhin liegt ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 0103/13 vor.

Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

Zudem wurde bekannt gegeben, dass ein angekündigter Verweisungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorliegt, der beinhaltet, dass die Drucksache in den Ausschuss

für Stadtentwicklung und Umwelt sowie in den Bau- und Verkehrsausschuss verwiesen werden soll.

Die Stadtratsvorsitzende eröffnete die Aussprache. An der Diskussion beteiligten sich teilweise mehrfach:

- Herr Metz, Fraktion SPD, schilderte seine Sichtweise zum Sachverhalt. Zudem forderte er die Verwaltung auf vor Ort mit den Bürgern und mit dem Ortsteilbürgermeister das Gespräch zu suchen und den Bebauungsplan gemeinsam zu besprechen. Er sprach sich dafür aus, dass unabhängig von den Kritikpunkten, die bestehen, das Technologiezentrum wichtig für Erfurt ist. Im Namen seiner Fraktion sprach er sich für die Zustimmung zu dieser Vorlage aus.
- Frau Prof. Dr. Aßmann, Vorsitzende der Fraktion Freie Wähler, sprach sich im Namen ihrer Fraktion grundsätzlich für die Ansiedlung von Technologiezentren aus. Jedoch stehen noch einige offene Fragen bezüglich des Gebietes im Raum, die geklärt werden müssen. Daher schließe sich ihre Fraktion einer erneuten Verweisung der Vorlage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt sowie in den Bau- und Verkehrsausschuss an.
- Der Oberbürgermeister betonte nochmals, dass es sich hierbei zunächst um den Aufstellungsbeschluss handelt und somit all die Fragen, die offen sind, im Laufe des Verfahrens geklärt werden können. Zudem wies er darauf hin, dass es sich hierbei um Hochtechnologieanlagen handeln wird, die an entsprechende Auflagen gebunden sein werden. Mit dem Hintergrund, dass diese Fläche in der Großflächenoffensive des Freistaates Thüringen ist, erläuterte er die Vorteile, die sich für Erfurt mit diesem Gewerbegebiet ergeben. Auf Grund großzügiger Förderung und Unterstützung des Vorhabens durch den Freistaat ergibt sich für Erfurt eine große Möglichkeit, die genutzt werden sollte. Damit bat er um Zustimmung zu dieser Vorlage und dem weiteren Verfahren.
- Frau Prof. Dr. Aßmann, Vorsitzende der Fraktion Freie Wähler, fragte nach, ob nicht andere Flächen mit weniger guter Bodenqualität beispielsweise Brachflächen in Frage kommen würden.
- Der Oberbürgermeister bestätigte, dass weitreichende Prüfungen hierzu statt gefunden haben. Jedoch kommen viele Flächen nicht in Betracht, da sie von der Größe nicht ausreichen und zudem nicht dem Freistaat Thüringen gehören. Zudem verwies er auf die Synergieeffekte, welche mit der gegenüberliegenden Fläche bestehen und entscheidend für den dortigen Standort sind.
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, betonte ebenfalls die dort vorhanden Synergieeffekte und die Chance für hochqualifizierte Arbeitsplätze. Dennoch sollten die Anliegen der Bürger nochmals diskutiert werden und um diese Möglichkeit zu haben, sprach er sich im Namen seiner Fraktion für eine erneute Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt aus.
- Herr Czentarra, Ortsteilbürgermeister Herrenberg, begrüßte seinerseits dieses Vorhaben. Er begründete dies anhand der positiven Aspekte, die er in seinem Ortsteil mit der Ansiedlung eines Technologiezentrums erfahren hat und gab an keine negativen Umweltauswirkungen aufzeigen zu können.

- Herr Gießler, Ortsteilbürgermeister Urbich, äußerte seine Bedenken zu diesem Vorhaben und begründete dies anhand umwelt- und naturschutzrechtlichen Aspekten. Er sprach sich für eine Zurückverweisung der Vorlage in die zuständigen Ausschüsse aus um eine nochmalige Prüfung anzuregen.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zeigte sich unzufrieden mit dieser Vorlage und begründete dies insbesondere anhand umweltpolitischer Aspekte. Nach Meinung seiner Fraktion sind die Möglichkeiten für einen alternativen Standort größer, als die Begründung für diese Fläche. Daher beantragte er die Zurückverweisung der Vorlage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt mit der Maßgabe alternative Flächen zu suchen und die Vorlage zu überarbeiten.
- Der Oberbürgermeister nahm Bezug zu den Aussagen seines Vorredners und sprach sich gegen eine erneute Verweisung in den zuständigen Ausschuss aus.
- Herr Schwäblein, Fraktion CDU, äußerte seine Sichtweise zur Thematik und begründete die hohe Bedeutung für Erfurt als Standort für diese und weitere Entwicklungen im Bereich der Hochtechnologie.
- Herr Gloria, Fraktion SPD, gab seine Ansicht zum Sachverhalt bekannt.
- Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE., sprach sich im Namen seiner Fraktion für das Verfahren aus, um es anzuschieben und dann kritisch alle weiteren Punkte zu verfolgen.
- Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, erläuterte seine Sichtweise und sprach sich für die Zustimmung und Abstimmung der Vorlage aus.
- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, nahm Bezug zu den Aussagen seiner Vorredner. Er regte an, das Zusammenkommen und das Gespräch mit den Ortsteilbewohnern in den nächsten Tagen abzuwarten und gegebenenfalls die Thematik in der Sondersitzung des Stadtrates nochmals zu beraten.
- Herr Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, fasste in seinen Ausführungen nochmals die angesprochenen Punkte der Debatte zusammen. Weiterhin bestätigte er, dass die Bedenken, die geäußert wurden, im Abwägungsverfahren beleuchtet und geklärt werden und zu diesen weitere Gutachten eingeholt werden müssen. Zudem verwies er nochmals auf die vorhandenen Synergieeffekte des geplanten Standortes und betonte den Vorteil der Großflächenoffensive des Freistaates Thüringen.
- Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE., stellte eine Nachfrage an Herrn Spangenberg bezüglich der Ausschließung des Standortes als Logistikstandort.
- Herr Schwäblein, Fraktion CDU, fragte bezüglich des Weges in Urbich vom Ortskern zum Urbicher Kreuz nach.
- Herr Spangenberg bestätigte für beide Nachfragen, dass entsprechende Festsetzungen dazu im B-Plan getroffen werden.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung auf. Zunächst ließ sie den weitestgehenden Antrag, den Verweisungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt sowie in den Bau- und Verkehrsausschuss, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen: 20
Enthaltungen: 1

Somit wurde der Antrag auf Verweisung abgelehnt.

Daraufhin wurde der Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 0103/13), welcher die ursprüngliche Drucksache 2042/12 ergänzt, abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 37
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 2

Damit wurde der Antrag bestätigt.

Abschließend ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache 2042/12 inklusive der zuvor bestätigten Ergänzung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 30
Nein-Stimmen: 4
Enthaltungen: 6

Damit beschlossen.

Im Anschluss an die Abstimmung bat Herr Pfistner, Fraktion CDU, um Klärung folgender Problematik im Hauptausschuss:

Die Vorlagen, welche bereits in den Ausschüssen vorberaten und einstimmig bestätigt wurden und somit im Stadtrat direkt abgestimmt werden, sollten in der Abfolge der Tagesordnung des Stadtrates vorgezogen werden.

Daraufhin rief die Stadtratsvorsitzende die Fraktionsvorsitzenden nach vorn, um über den weiteren Ablauf der Sitzung zu beraten.

Es wurde sich darauf geeinigt, zunächst alle Drucksachen der Tagesordnung zu behandeln bis auf den TOP 10.6 - Strategisches Kulturkonzept der Landeshauptstadt Erfurt (Drucksache 2146/12). In Absprache mit den Fraktionsvorsitzenden wurde ein Ende der Sitzung bis 23 Uhr anvisiert, das heiße alle Vorlagen, die bis 23 Uhr nicht abgearbeitet werden, sollen dann im Rahmen der Sondersitzung behandelt werden.

Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

mit Änderungen beschlossen Ja 28 Nein 4 Enthaltung 6 Befangen 0

01

Für den Bereich nordöstlich des vorhandenen Forschungs- und Gewerbegebietes Erfurt-Südost soll gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB der Bebauungsplan URB638 "Technologie- und Gewerbepark nördlich der Straße Am Herrenberg" aufgestellt werden.

Der Bereich wird entsprechend der zeichnerischen Festsetzung des Geltungsbereiches im Vorentwurf zum Bebauungsplan umgrenzt.

Mit dem Bebauungsplan werden folgende Planungsziele angestrebt:

- Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ansiedlung von hochtechnologieorientierten Gewerbebetrieben in Erweiterung des Forschungs- und Gewerbegebietes „Erfurt Südost“ MEL036
- Ausschluss u.a. von Vergnügungsstätten, Einzelhandelsbetrieben, Betriebe des Beherbergungsgewerbes
- Ausweisung großer zusammenhängender Baugebiete für die Möglichkeit der Ansiedlung von flächenintensiven Betrieben aus dem Wirtschaftsbereich der Hochtechnologie
- Nachfragegerechte Erweiterung und Überarbeitung des rechtskräftigen Bebauungsplanes MEL038
- Insbesondere zum Schutz der angrenzenden Wohnnutzungen in den Ortsteilen Urbich und Herrenberg werden Schallemissionskontingente und angemessene Abstände mit Begrünung zwischen der vorhandenen Wohnbebauung und dem Gewerbegebiet festgesetzt
- Berücksichtigung von klimatologischen und lufthygienischen Bedingungen
- Schutz des Linderbaches mit dem umgebenden Grünbestand
- Mit Bäumen und Sträuchern bepflanzter Übergang des Gewerbegebietes zum Ortsrand Urbich.

02

Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

03

Der Vorentwurf (Anlage 2) des Bebauungsplanes URB 638 "Technologie- und Gewerbepark nördlich der Straße Am Herrenberg" in seiner Fassung vom 05.12.2012 und die Begründung (Anlage 3) vom 05.12.2012. werden gebilligt.

04

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist durch öffentliche Auslegung des Vorentwurfes des Bebauungsplanes URB638 "Technologie- und Gewerbepark nördlich der Straße Am Herrenberg" und dessen Begründung durchzuführen.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, sind gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB zu beteiligen.

05

Zeitpunkt, Ort und Dauer der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sind ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

06

Der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB zu ändern.

07

Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes URB638 "Technologie- und Gewerbepark nördlich der Straße Am Herrenberg" wird gemäß § 46 Abs. 1 BauGB eine Umlegung angeordnet.

Hinweis:

Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlage 2 a-d beigelegt.

10.4.1. Informationsaufforderung zum B.-plan URB638 "Technologie- und Gewerbepark nördlich der Straße Am Herrenberg" 0062/13

zur Kenntnis genommen

10.4.2. Änderungsantrag der Fraktion CDU zur DS 2042/12 - Bebauungsplan URB638 "Technologie- und Gewerbepark nördlich der Straße Am Herrenberg" - Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfes und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit 0103/13

bestätigt Ja 35 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0

10.5. Feststellung der Wirtschaftspläne 2013 SWE Stadtwerke Erfurt GmbH, KoWo Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt, Erfurter Bahn GmbH Einr.: Oberbürgermeister 2118/12

Es wurde bekannt gegeben, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen die Wirtschaftspläne der Drucksache in seiner Sitzung am 17.01.2013 in Einzelabstimmung wie folgt bestätigt hat:

- KoWo Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt (Stand 18.09.2012) bestätigt (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0)
- SWE Stadtwerke Erfurt GmbH (Stand 14.09.2012) bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0)

- Erfurter Bahn GmbH (Stand 18.09.2012)
bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

beschlossen Ja 38 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

01

Die Wirtschaftspläne 2013 der folgenden Unternehmen mit unmittelbarer Beteiligung der Landeshauptstadt Erfurt werden bestätigt:

- SWE Stadtwerke Erfurt GmbH (Stand 14.09.2012)
- KoWo Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt (Stand 18.09.2012)
- Erfurter Bahn GmbH (Stand 18.09.2012)

02

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt in den Gesellschafterversammlungen die Wirtschaftspläne dieser Unternehmen festzustellen.

03

Der Oberbürgermeister als kommunaler Vertreter der Landeshauptstadt Erfurt wird ermächtigt in den Organen der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH, Beschlüsse zur Kreditaufnahme bis zu der im Wirtschaftsplan geplanten Höhe bei wirtschaftlicher Notwendigkeit innerhalb des Wirtschaftsjahres 2013 zu unterstützen.

Hinweis:

Die Wirtschaftspläne sind der Niederschrift als Anlagen 3 a-c beigelegt.

10.6. Strategisches Kulturkonzept der Landeshauptstadt Erfurt 2146/12
Einr.: Oberbürgermeister

Es wurde bekannt gegeben, dass der Kulturausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 17.01.2013 mit Änderungen bestätigt hat (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0).

Herr Dr. Poppenhäger, Fraktion SPD, bat um die redaktionelle Streichung folgenden Satzes: "Die Förderung dessen ist in den Fördervertrag zwischen Stadt und Land integriert." Den Änderungsvorschlag übernahm die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Frau Thierbach, als redaktionelle Änderung der Entscheidungsvorlage.

Den Fraktionen wurde per E-Mail eine Synopse zum Kulturkonzept übersandt.

Es liegt ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Drucksache 0124/13 vor.

Zudem liegt ein Antrag der Fraktion CDU als Tischvorlage vor, dieser ergänzt die ursprüngliche Drucksache mit dem Inhalt, das Thüringer Museum für Elektrotechnik Erfurt e. V. mit in das strategische Kulturkonzept aufzunehmen.

An der Diskussion zum Kulturkonzept beteiligten sich:

- Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, befürwortete das vorliegende Kulturkonzept und schilderte kurz den Weg der Entstehung dessen. Zudem bat er um Zustimmung des Antrages der Fraktion DIE LINKE. und der gesamten Vorlage.
- Herr Besser, Fraktion Freie Wähler, erläuterte ausführlich seine Sichtweise zur Thematik.
- Herr Hutt, Fraktion CDU, ging in seinen Ausführungen auf die Bedeutung der Kultur und des Kulturkonzeptes für Erfurt ein. Er sprach sich für das Konzept aus, ging aber dennoch auf einige bestehende Mängel ein. Weiterhin erläuterte er die Intension des Antrages seiner Fraktion.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüßte im Namen seiner Fraktion das vorliegende Kulturkonzept und begründete dies. Er sprach sich für die Zustimmung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. und der gesamten Vorlage aus.
- Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., schilderte seine Sichtweise zur Kultur und dem vorliegenden Konzept. Außerdem erläuterte er die Intension des Antrages seiner Fraktion. Zum Antrag der Fraktion CDU regte er an, zunächst den Haushalt für 2013 abzuwarten.
- Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, erläuterte abschließend den Inhalt und das Ziel des Kulturkonzeptes und bat um Zustimmung zu diesem.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit beendete die Stadtratsvorsitzende die Aussprache gab den Abstimmungsvorschlag bekannt. Nach diesem rief sie zunächst den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 0124/13), welcher die ursprüngliche Drucksache ergänzt, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	40
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit bestätigt.

Daraufhin ließ sie über den Antrag der Fraktion CDU, welcher als Tischvorlage vorliegt und die ursprüngliche Drucksache ergänzt, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 32
Enthaltungen: 1

Damit wurde dieser abgelehnt.

Abschließend rief sie die Drucksache 2146/12 in Fassung des Kulturausschusses mit der zuvor bestätigten Ergänzung zur Abstimmung auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 32 Nein 0 Enthaltung 8 Befangen 0

Das in der Anlage 1 befindliche Strategische Kulturkonzept der Landeshauptstadt Erfurt wird beschlossen.

Hinweis:

Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.

**10.6.1. Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0124/13
 2146/12 - Strategisches Kulturkonzept der Landeshaupt-
 stadt Erfurt**

bestätigt Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**10.7. Wohnungsneu- und umbau in Erfurt - Prüfauftrag 2227/12
 Einr.: Fraktion DIE LINKE.**

siehe TOP 10.1

Verwiesen in Ausschuss

**10.8. KRV647 Blumenschmidtstraße - Aufstellungsbeschluss 2258/12
 Einr.: Oberbürgermeister**

Es wurde bekannt gegeben, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 15.01.2013 bestätigt hat (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldungen gab es nicht (siehe TOP 2). Somit erfolgte direkt die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Für den Bereich südlich der Leipziger Straße zwischen Hallesche Straße und Am Alten Nordhäuser Bahnhof soll gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB i.V.m. § 13 BauGB ein einfacher Bebauungsplan KRV647 "Blumenschmidtstraße" aufgestellt werden.

Der Geltungsbereich wird begrenzt:

im Norden: Leipziger Straße

im Osten: Am Alten Nordhäuser Bahnhof

im Süden: nördliche Flurstücksgrenze der Flurstücke 9/8 und 9/9 der Flur 43 Gemarkung Erfurt Mitte

im Westen: Hallesche Straße

Die städtebauliche Planung verfolgt dabei folgende Zielstellung:

- Festsetzung von Gemeindebedarfsflächen (Flurstücke 13/19, 13/27, 13/31, 13/32, 13/46 und 13/48 der Flur 43 Gemarkung Erfurt Mitte - Am Alten Nordhäuser Bahnhof 14, Hallesche Straße 18, 18a 19 und 19a) zur Sicherung der Schulen, des Kindergartens, der Kinderkrippe sowie des Jugendclubs, der Sport- und Spielflächen sowie der Stadtteilbibliothek und des Bürgerhauses.
- Ausweisung eines besonderen Wohngebietes entlang der Leipziger Straße und der Halleschen Straße zur Erhaltung und Fortentwicklung der Wohnfunktion (Flurstücke 13/3, 13/16, 13/30, 13/36, 13/39, 13/42, 13/43, 13/44, 13/50, 13/51, 13/54, 13/56, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27/2, 28/9, 28/11, 28/13 und 28/15 der Flur 43 Gemarkung Erfurt Mitte - Am Alten Nordhäuser Bahnhof 2,4 und 6, Hallesche Straße 15, 16 und 17, Leipziger Straße 36, 38, 38a, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56 und 56b, Blumenschmidtstraße 1, 1a, 2, 3 und 4).
- Ausweisung eines eingeschränkten Gewerbegebietes an der Straße Am Alten Nordhäuser Bahnhof (Flurstücke 13/4, 13/47, 13/49, 13/53 und 13/55 der Flur 43 Gemarkung Erfurt Mitte - Am Alten Nordhäuser Bahnhof 8, 8a und 10) zum Schutz der angrenzenden Wohnbereiche.
- Sicherung von Anlagen für bestehende kirchliche, soziale und kulturelle Zwecke.
- Ausschluss von Vergnügungsstätten und von Einzelhandelsbetrieben.
- Bestehende Einzelhandelsbetriebe, die zur Versorgung des Gebietes dienen (Flurstücke 13/16 und 13/30 der Flur 43 Gemarkung Erfurt Mitte - Hallesche Straße 17) sowie Einzelhandelsbetriebe, die sich bis zu einer Tiefe von 25 m zur Straßenbegrenzungslinie der Leipziger Straße s im EG oder 1. OG von Gebäuden befinden sind davon ausgenommen.
- Ausweisung von Gehrechten zur Sicherung der Erreichbarkeit der Gemeinbedarfseinrichtungen und zur Durchquerung des Gebiets von der Blumenschmidtstraße nach Süden sowie zwischen den Gebäuden Hallesche Straße 17 und 19 im Westen und zwischen den Gebäuden Am Alten Nordhäuser Bahnhof 10 und 14 im Osten.

Mit dem Bebauungsplan KRV647 "Blumenschmidtstraße" werden die Sanierungsziele des Sanierungsgebietes Äußere Oststadt "SA KRV 421" gebietsbezogen geändert.

02

Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

03

Das Verfahren wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Abs. 3 BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

Hinweis:

Die Anlage des Beschlusses (Übersichtsskizze) ist der Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.

**10.9. VS020 - Satzungsbeschluss über die 1. Verlängerung der 2294/12
Veränderungssperre für den Geltungsbereich der 1. Änderung
des Bebauungsplanes MAR071 "Gebiet zwischen
Schwarzburger Straße / B4 und geplanter Straßenanbin-
dung B4 (Gefahrenschutzzentrum)"
Einr.: Oberbürgermeister**

Es wurde bekannt gegeben, dass der Ortsteilrat Marbach die Drucksache in seiner Sitzung am 09.01.2013 zur Kenntnis genommen hat.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Drucksache in seiner Sitzung am 15.01.2013 bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldungen gab es nicht (siehe TOP 2). Somit wurde die Drucksache zur Abstimmung aufgerufen.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Auf Grund von § 14 Abs. 1, § 16 Abs. 1 i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 1, 2 und 3 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 83 Abs. 2 Thüringer Bauordnung (ThürBO) und §§ 19 Abs. 1 Satz 1, 2 Abs. 1 und 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO), beschließt der Stadtrat Erfurt die Satzung über die 1. Verlängerung der am 22.06.2012 in Kraft getretenen Veränderungssperre für den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes MAR071 „Gebiet zwischen Schwarzburger Straße / B4 und geplanter Straßenanbindung B4 (Gefahrenschutzzentrum)“ - VS 020 um ein Jahr. Der beiliegende Satzungstext (Anlage 3) über die Veränderungssperre und der Lageplan im Maßstab M 1:1000 (Anlage 2), sind Bestandteil des Beschlusses.

02

Die Satzung über die 1. Verlängerung der Veränderungssperre ist im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt ortsüblich bekannt zu machen.

Hinweis:

Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 6 a-c beigelegt.

10.10. Kündigung des "Vertrages über die Durchführung und Vergütung des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbereich Stadt Erfurt" 2335/12
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache in seiner Sitzung am 09.01.2013 bestätigt hat (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile hat die Drucksache in seiner Sitzung am 15.01.2013 ebenfalls bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldungen gab es nicht (siehe TOP 2). Somit wurde die Drucksache zur Abstimmung aufgerufen.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Der Stadtrat stimmt der Kündigung des Vertrages über die Durchführung und Vergütung des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbereich der Stadt Erfurt zu und ermächtigt den Oberbürgermeister, die Kündigung zu unterzeichnen.

10.11. Bestellung des Wirtschaftsprüfers für den Jahresabschluss 2012 des Eigenbetriebes Theater Erfurt 2382/12
Einr.: Oberbürgermeister

Es wurde bekannt gegeben, dass diese Drucksache in einer gemeinsamen Sitzung des Werkausschusses Theater Erfurt mit dem Kulturausschuss am 17.01.2013 behandelt wurde.

In dieser hat der Kulturausschuss die Drucksache bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Werkausschuss Theater Erfurt hat die Drucksache ebenfalls bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldungen gab es nicht (siehe TOP 2). Somit wurde die Drucksache zur Abstimmung aufgerufen.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Als Abschlussprüfer für den Jahresabschluss 2012 des Eigenbetriebes Theater Erfurt einschließlich der Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Haushaltsgrundsatzgesetz wird die FUNDUS Revision GmbH bestellt. Der Prüfauftrag ist zeitnah durch die Werkleitung auszulösen. Im Prüfauftrag ist die Vorlage des Abschlussberichtes 2012 bis spätestens Ende Mai 2013 zu vereinbaren. Der Prüfbericht ist der Landeshauptstadt Erfurt auch in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

10.12. Neofaschistische Symboliken auf städtischen Veranstaltungen eindämmen 2411/12
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

vertagt

10.13. Wahl der Vertrauenspersonen des Wahlausschusses beim Amtsgericht 0005/13
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 22.01.2013 zu dieser Drucksache kein Votum abgegeben hat.

Die Anzahl der anwesenden Stadtratsmitglieder wurde mit 41 festgestellt.

Es wurde bekannt gegeben, dass nach § 40 Abs. 3 Satz 1 GVG die Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder des Stadtrates, mindestens jedoch die Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Stadtrates für die Wahl erforderlich ist.

Somit beläuft sich die erforderliche Mehrheit auf 28 Stimmen.

Jedes Mitglied des Stadtrates hat 14 Stimmen.

(7 Stimmen für die Vertrauenspersonen und 7 Stimmen für die Stellvertreter)

Folgenden Personen wurden von den einzelnen Fraktionen vorgeschlagen:

Fraktion	Vertrauensperson	stellv. Vertrauensperson
SPD	Herr Denny Möller	Herr Frank Rödiger
	Frau Uta Michelfeit	Herr Siegfried Kluge
CDU	Frau Margarete Hentsch	Herr Dr. Jürg Kasper
	Herr Thomas Hutt	Frau Carmen Frey
DIE LINKE.	Herr Matthias Plhak	Frau Karin Landherr
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Frau Katrin Gabor	Herr Sebastian Hilgenfeld
Freie Wähler	Frau Prof. Dr. Ingeborg Aßmann	Herr Helmut Besser

Die Wahlkommission wurde zur Aufnahme ihrer Tätigkeit nach vorn gebeten und zur Wahl aufgerufen.

Nach Abschluss der Wahlhandlung erfolgte die Auszählung der Stimmen.

Nach der Pause wurde folgendes Wahlergebnis bekannt gegeben:

Vertrauensperson	stellv. Vertrauensperson
Herr Denny Möller: 27 Stimmen	Herr Frank Rödiger: 34 Stimmen
Frau Uta Michelfeit: 34 Stimmen	Herr Siegfried Kluge: 31 Stimmen
Frau Margarete Hentsch: 35 Stimmen	Herr Dr. Jürg Kasper: 32 Stimmen
Herr Thomas Hutt: 28 Stimmen	Frau Carmen Frey: 31 Stimmen
Herr Matthias Plhak: 28 Stimmen	Frau Karin Landherr: 32 Stimmen
Frau Katrin Gabor: 29 Stimmen	Herr Sebastian Hilgenfeld: 32 Stimmen
Frau Prof. Dr. Ingeborg Aßmann: 30 Stimmen	Herr Helmut Besser: 30 Stimmen

Es wurden 6 Vertrauenspersonen und 7 Stellvertreter gewählt.

Damit gab Herr Gillmann, Stadtratsreferent, bekannt, dass eine weitere Wahl erforderlich ist und diese in der Sondersitzung des Stadtrates durchgeführt wird.

Im Anschluss gratulierte die Stadtratsvorsitzende den gewählten Personen.

mit Änderungen beschlossen

Als Vertrauensperson bzw. stellvertretende Vertrauensperson des Wahlausschusses beim Amtsgericht Erfurt werden aus dem Kreis der Einwohnerschaft der Landeshauptstadt Erfurt folgende Personen gewählt:

(anwesende Mitglieder des Stadtrates: 41)

(notwendige Mehrheit: 28 Stimmen)

1. Vertrauensperson nicht gewählt	stellvertretende Vertrauensperson Herr Frank Rödiger (34 Stimmen)
2. Vertrauensperson Frau Uta Michelfeit (34 Stimmen)	stellvertretende Vertrauensperson Herr Siegfried Kluge (31 Stimmen)
3. Vertrauensperson Frau Margarete Hentsch (35 Stimmen)	stellvertretende Vertrauensperson Herr Dr. Jürg Kasper (32 Stimmen)
4. Vertrauensperson Herr Thomas Hutt (28 Stimmen)	stellvertretende Vertrauensperson Frau Carmen Frey (31 Stimmen)
5. Vertrauensperson Herr Matthias Plhak (28 Stimmen)	stellvertretende Vertrauensperson Frau Karin Landherr (32 Stimmen)

6. Vertrauensperson Frau Katrin Gabor (29 Stimmen)	stellvertretende Vertrauensperson Herr Sebastian Hilgenfeld (32 Stimmen)
7. Vertrauensperson Frau Prof. Dr. Ingeborg Aßmann (30 Stimmen)	stellvertretende Vertrauensperson Herr Helmut Besser (30 Stimmen)

10.14. Sozialen Wohnungsbau unterstützen 0013/13
Einr.: Fraktion CDU

siehe TOP 10.1

Verwiesen in Ausschuss

10.15. Entsendung eines Verbandsrates in den Fernwasser- 0014/13
zweckverband Nord- und Ostthüringen
Einr.: Fraktion SPD

Es wurde bekannt gegeben, dass diese Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Zum Beschlusspunkt 02 liegt ein redaktioneller Hinweis der Verwaltung vor:

02

Der Stadtrat entbindet Herrn Uwe Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, mit Ablauf des 31.01.2013 von seiner Funktion als bisheriger Verbandsrat des Fernwasserzweckverbandes Nord- und Ostthüringen.

Wortmeldungen lagen nicht vor. Damit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache mit redaktioneller Änderung der Verwaltung abstimmen.

mit Änderungen beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt entsendet Frau Kathrin Hoyer, zukünftige Beigeordnete für Wirtschaft und Beteiligung, mit Wirkung zum 01.02.2013 als Verbandsrätin in die Verbandsversammlung des Fernwasserzweckverbandes Nord- und Ostthüringen.

02

Der Stadtrat entbindet Herrn Uwe Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, mit Ablauf des 31.01.2013 von seiner Funktion als bisheriger Verbandsrat des Fernwasserzweckverbandes Nord- und Ostthüringen.

10.16. **Abfallgebührensatzung - Konzessionsmodell** 0015/13
Einr.: Fraktion SPD

Verwiesen in Ausschuss

10.17. **Austritt aus dem Verband Metropolregion Mitteldeutsch-** 0016/13
 land
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Es wurde bekannt gegeben, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Es liegt ein Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 0121/13 vor. Dieser ersetzt die Drucksache 0016/13.

Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE., erklärte im Namen seiner Fraktion den Antrag der Fraktion SPD (Drucksache 0121/13) zu übernehmen und bat um Zustimmung.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, schilderte seine Bedenken zum Inhalt des vorliegenden Antrages und belegte dies mit Beispielen. Zudem liege nach Meinung seiner Fraktion die Zukunft in der interkommunalen Zusammenarbeit und daher könne dieser Vorlage nicht zugestimmt werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende zunächst über den Antrag der Fraktion SPD (Drucksache 0121/13), welcher die ursprüngliche Drucksache ersetzt, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	8
Enthaltungen:	6

Damit wurde dieser Antrag beschlossen und ersetzt die Drucksache 0016/13.

Erledigt wegen Annahme Änderungsantrag

Der Stadtrat beschließt dem Verbund "Metropolregion Mitteldeutschland" nicht beizutreten

10.17.1. Änderungsantrag der Fraktion SPD zur DS 0016/13 - Aus- 0121/13
tritt aus dem Verband Metropolregion Mitteldeutsch-
land

beschlossen Ja 19 Nein 8 Enthaltung 6 Befangen 0

11. Informationen

Es lagen keine Informationen vor.

Auf Grund der zuvor geschlossenen Vereinbarung mit den Fraktionsvorsitzenden schlug die Stadtratsvorsitzende vor, dass das Strategische Kulturkonzept der Landeshauptstadt Erfurt (Drucksache 2146/12) auf die Sondersitzung vertagt wird und daher der nicht öffentliche Teil der Sitzung noch abgearbeitet wird.

Auf die Frage, ob sich dagegen Widerspruch erhebe, meldete sich Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, zu Wort und beantragte auf Grund der Notwendigkeit des Kulturkonzeptes, dieses noch in der Sitzung zu behandeln.

Dagegen erhob sich kein Widerspruch und somit rief die Stadtratsvorsitzende den TOP 10.6 - Strategisches Kulturkonzept der Landeshauptstadt Erfurt mit Drucksache 2146/12 zur Beratung auf.

Im Anschluss an die Beratung und Abstimmung des Tagesordnungspunktes 10.6 wies die Stadtratsvorsitzende darauf hin, dass der nicht öffentliche Teil der Sitzung nicht mehr aufgerufen wird, da in diesem lediglich zwei Tagesordnungspunkte vorliegen. Zum einen zwei Anfragen, hierzu wurde sich mit dem Fragesteller geeinigt und zum anderen die Genehmigung der Niederschrift, welche daraufhin in der nächsten Sitzung erfolgen soll.

Dagegen erhob sich kein Widerspruch und somit beendete die Stadtratsvorsitzende die Sitzung.

gez. Pelke
Stadtratsvorsitzende

gez. 
Schriftführer/in

